Wie gefährlich die Jihadisten für Österreich sind -
Pressekonferenz am 7.10.2014 -
Stellungsnahmen der Beteiligten Organisationen und Personen

Islamismus und die Zukunft Europas

Der Politikwissenschaftler Hamad Abdel-Samad prophezeit den Untergang der islamischen Welt und thematisiert damit ein bisher zu wenig diskutiertes Paradigma: das programmierte Scheitern islamischer Staaten in der Moderne. Alle Interpretationen für eine misslungene islamische Moderne - Kolonialismus, Imperialismus oder Okzidentalismus (Edward Said) - erwiesen sich als Ideologien: Orthodoxer Islam und eine säkulare Moderne sind unvereinbar. Die Alternative ist jedoch nicht eine muslimische Moderne, weil der Islam den Nationalstaat nicht kennt. Jenseits der traditionellen Herrschaft konnten sich in islamischen Ländern nur Militär-, Partei- oder Clandiktaturen bzw. die totalitäre Macht der religiösen Führer etablieren. Der neue religiöse Totalitarismus des Islamischen Staates und anderer terroristischen Gruppierungen zerstört jedoch die letzten Reste einer islamischen Kultur und bestätigt die Vorhersage des gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenbruchs islamischer Länder.

Diese Entwicklung findet ihre politisch-religiöse Entsprechung in den europäischen Gesellschaften: Immer mehr junge Muslime wenden sich den unterschiedlichsten djihadistischen Bewegungen zu, die ein globales Kalifat anstreben. Die Integration des Islam im Westen ist gescheitert, weil die islamischen Verbände und Kulturvereine daran nicht interessiert sind und die westlichen Gesellschaften mit der Ideologie des Multikulturalismus die Etablierung von muslimischen Parallelkulturen gefördert haben. Die Radikalisierung junger Muslime in Europa und im Nahen Osten sowie in Afrika schaffen ein hohes Bedrohungspotential für die westlichen Gesellschaften, das durch zwei Faktoren wesentlich beeinflusst wird: Die demographische Zunahme der Muslime in Europa wird eine Integration immer weniger wahrscheinlich werden lassen und der Zusammenbruch der islamischen Welt führt zu Migrationsströmen nach Europa in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.

Michael Ley - Politikwissenschaftler und Buchautor

Bekämpfung Ideologie des religiösen Radikalismus gefordert

Die weltweit beschleunigte Radikalisierung und Verschärfung von Gewalttätigkeit international agierender politisch-radikal-religiöser, meist sunnitischer Bewegungen mit der Verbreitung einer faschistisch-rassistischen Ideologie, machen auch vor Wien (und Österreich) nicht halt.

Dabei sind der Staat ebenso gefordert wie insbesondere die **(sunnitische) IGGiÖ** und anderer islamische Glaubensgemeinschaften, Aleviten, Shiitten und Liberalen.

Staatliche Maßnahmen:

- ✓ **Bildungsmaßnahmen** (Einführung des Unterrichtes Staatsbürgerkunde/Soziales Verhalten, etc.)
- ✓ **Integrationsmaßnahmen** (fokussiert insbesondere auf die sunnitische Glaubensrichtung mit einer Emanzipation der Religion gegenüber und einer Auseinandersetzung mit der Ideologie)
- ✓ **Sicherheitsmaßnahmen** (Motivanalyse bei Migration, Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechts, Verankerung von Rechte und Pflichte für alle islamischen Glaubensgemeinschaften im neuen Islamgesetz, Verbote von radikal-religiösen Vereinen sowie Ein- und Ausreiseverbote für extremistische Jihadisten, Salafisten und Hassprediger)
- ✓ **Kontrollaufgaben** (Stopp von ausländischen Finanzierungen für Glaubensgemeinschaften und religiösen Einrichtungen, verstärkte Überprüfung des Religionsunterrichtes in Schulen und Kindergärten, etc.)

Aufgaben der Religionsgemeinschaften:

- ✓ **Aufsichts- und Kontrollpflicht** für Religionsunterricht, religiöse Versammlungseinrichtungen
- ✓ **Offenlegung der Finanzierungen** (keine dubiosen Geldspenden oder ausländischen Organisationen, die Abhängigkeiten schaffen)
- ✓ **Anerkennung des säkularen Staatswesens** (Religiöse Gesetze und Gebräuche nur im Rahmen der staatlichen Gesetze und Menschenrechte)
- ✓ **Offenlegung der Glaubensinhalte** (insbesondere bei sunnitischer und schiitischer Glaubensrichtung)

Die Religion missbräuchlich als Vorwand für Hass, Radikalisierung, Verhetzung und menschenverachtendes Verhalten zu verwenden geht weit über die in unserer Verfassung und den Menschenrechten garantierte Religionsfreiheit hinaus und muss klar als das bezeichnet werden, was es in wirklich ist:

Rassismus und Faschismus!

Es wurde bisher ignoriert, dass die religiös-radikale Ideologie insbesondere auch in Österreich bereits über Jahrzehnte aufbereitet und etabliert wurde. Religiös-fundamentalistische überwiegend sunnitisch orientierte Organisationen der IGGiÖ wie die Milli-Görüs Bewegung, ATIB, die Muslimbrüder, etc. mit entsprechenden Finanzkanälen haben über ihnen nahestehende Personen und Organisationen den Boden für die Verbreitung unter Migranten auch in Österreich aufbereitet. Geschickt haben sie es verstanden ihre "Hidden Agenda" als "Integrationsunterstützung" zielstrebig zu verfolgen und durch den österreichischen Staat mitfinanzieren zu lassen. So ist ein Netzwerk bis hinein in höchste politische Kreise entstanden. Das Bestreben der politischen Parteien MigrantInnen durch politische Partizi-

pation zu integrieren war zwar an sich richtig, wurde jedoch von der Religiösen Rechten in Österreich dahingehend genutzt, dass meist religiös-fundamentalistische und sunnitische Muslime Mandatare wurden und so durch Interventionen, Hilfestellung, Finanzvermittlung den Aufbau von Moscheen, Schulen und Kindergärten in ihrem Sinne fördern konnten und stellten sicher, dass dabei niemand so genau hinsieht welcher Intention diese Maßnahmen tatsächlich dienen. So waren auch Justiz und Exekutive die Hände gebunden.

Damit muss nun aufgeräumt werden!

Es ist das Verdienst der Medien in Österreich und Europa, aber auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der unseren, dass seit ca. einem halben Jahr ein Umdenkprozess stattfindet.

Wir stehen daher auch an der Seite jener Mehrheit an (säkularen) Muslimen, die ihre persönliche Religiosität im Rahmen respektierter rechtsstaatlicher Demokratie ausüben.

Reinhard Fellner - Initiative Soziales Österreich (ISÖ)

Aktion gegen Radikalisierung und Jihadisten

Aktionen gegen Extremisten und Jihadisten gefordert - Die Sicherheit Österreichs steht auf dem Spiel

Niemand ist gegen Islam oder Muslime aber wir wollen Österreich und Europa vor dem bewahren, was der politische Islam, als Hintergrund aller Terror-Organisationen, in den islamischen und arabischen Ländern angerichtet hat.

Jihad ist keine "Anstrengung", wie die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich-IGGiÖ sagt, oder eine "Verteidigung", wie der Saudi-Leiter des Islamischen Zentrums in Wien meint. Sondern Jihad ist der gwaltsame Kampf um Gottes Willen gegen die Ungläubigen. Die radikalen Islamisten betrachten sich alleine als die Gläubigen; die anderen sind aus ihrer Sicht zu beseitigen und auszurotten, sonst könne man den Islam als alleinige Wahrheit nicht verbreiten. Hier liegt das Problem. Diese Verhetzung durch politischen Islam und ähnliche Vereine oder Personen muss endlich aufhören.

Die IGGiÖ huldigt dem radikalen Islam. Als praktisches Beispiel: Hisham Albaba war lebenslang Funktionär der (IGGiÖ) und verantwortlich für den Islam-Unterricht in Öffentlichen Schulen. Gleichzeitig ist er immer Funktionär der Hizb ut-Tahrir und kämpft jetzt mit der Khalifat-Brigade in Syrien. Dadurch ist die IGGiÖ mitschuldig an der Verbreitung jihadistischer Ideen in Österreich. Es gibt mehr als 539 "islamische" Religionslehrer in öffentlichen Schulen; fast alle von ihnen ohne pädagogische oder religiöse Ausbildung, geschweige modernes Wissen. Sie werden nur geschult, den Islam nach Auslegung der IGGiÖ zu lehren. Zusätzlich betreibt die IGGiÖ Bildungseinrichtungen, in denen fundamentalistische Lehren verbreitet werden. Staat und Kommunen zahlen und fördern diese Lehrer und Einrichtungen mit vielen Millionen monatlich. Sogar die Führung der IGGiÖ erhält als "Fachinspektoren" fette Gehälter ausbezahlt. Dazu ist das Predigen des Jihad in vielen privaten Moscheen seit Jahren gegenwärtig. Man kann sich deshalb nicht wundern, dass Jihadismus in Österreich so verbreitet ist.

Die Organisationen des politischen Islam, allen voran die Muslimbrüder, waren seit Anfang der Sechziger Jahre nach Europa geflüchtet, wo sie viele Vereine und Moscheen unterwanderten. Die verantwortlichen Politiker tragen Mitschuld, sie ließen sich lange Zeit durch falsche Informationen und schein-religiöse Aushängeschilde täuschen. Dadurch unterstützten die verantwortlichen Behörden den radikalen und politischen Islam unterstützt. Als Resultat dieser falschen Politik sind Jihadisten auch in Österreich für alle gefährlicher geworden. Wenn das nicht geändert wird, sitzen wir auf einem Pulverfass, denn wir wissen nicht wann, wie und wo die Bombe hochgeht. Ein Aufwachen wäre dann zu spät.

Wir schätzen, neben anderen Zahlen, dass mindestens hundert gefährliche Jihadisten-Urlauber regelmäßig und unbehelligt zwischen Österreich und Syrien pendeln. Die zuständigen Behörden sind überfordert gegenüber solche extremistische auswüchse.

Salafismus, Jihadismus und die Hassprediger-Kultur berufen sich auf den radikalen Islam. Deshalb wollen die liberalen Muslime den Islam reformieren und als Religion an heutige Bedürfnisse anpassen, um radikalen Strömungen Paroli zu bieten.

Amer Albayati, Präsident- **Initiative Liberaler Muslime Österreich - ILMÖ**, info@initiativeliberalermuslime.org, www.initiativeliberalermuslime.org

---

Aktion gegen Radikalisierung und Jihadisten

Wir brauchen eine zentrale staatliche Stelle und einen einheitlichen nationalen Aktionsplan gegen Salafismus, Radikalismus und Jihadismus

Man kann die Gefahren nicht mehr verschweigen, die von Jihadisten, radikalen Islamisten und Salafisten für Österreich und Europa ausgehen. Falsch verstandene Toleranz und "Wegschauen" durch die Politik hat den Boden für die derzeitigen Entwicklungen aufbereitet. Deshalb verlangen wir nun entschlossenes Handeln, bevor die Konsequenzen noch größer und die Lösungen noch schwieriger werden. Vor allem müssen auch die Ursachen bekämpft werden, die in oftmals aus dem Ausland ferngesteuerten Lobbyisten und Organisationen des "Politischen Islam" liegen und der Ausgangspunkt für das Entstehen von schlafenden Terrorzellen sind.

ILMÖ hat seit ihrer Gründung im Jahr 2000 mehrfach auf diese Gefahren hingewiesen, bis jetzt hat niemand darauf gehört, aber die Lage ist alarmierend geworden und die Politiker können nicht mehr wegschauen, sondern sind gezwungen, endlich zu handeln.

Wir brauchen eine zentrale staatliche Stelle und einen einheitlichen nationalen Aktionsplan gegen Salafismus, Radikalismus und Jihadismus, weil Sicherheitsfragen, Prävention und Behandlung der Probleme nicht nochmals in die Hände von politischen islamistischen Organisationen fallen sollen.

Wir rufen alle Politiker auf, endlich die Unterstützung von Organisationen des politischen Islam und deren Lobbyisten zu beenden und die Trennung zwischen Staat und Religion durchzusetzen, wir rufen SPÖ und ÖVP auf, sich von ihren radikalen Islamisten-Mandataren zu verabschieden, solche Mandatare haben keinen Platz in unsere demokratische Gesellschaft.

Wir fordern die Verschärfung der Terrorgesetze zum Schutz der ÖsterreicherInnen und ein Verbot radikaler Organisationen und Einrichtungen, die den Terror fördern und finanzieren.

Wir verlangen die strafrechtliche Verfolgung von Terror-Verdächtigen, Jihadisten, radikalen Islamisten, Salafisten und Hasspredigern, die andere Menschen diskriminieren, als Ungläubige beschimpfen, sogar den Jihad verherrlichen, die Verfassung Österreichs und die Menschenrechte missachten und eine aufgeklärte demokratische Gesellschaft ablehnen.

Wir möchten unsere freie und offene Gesellschaft nicht zugunsten radikaler und fundamentalistischer islamistischer Ansichten opfern.

Amer Albayati, Präsident - Initiative Liberaler Muslime Österreich-ILMÖ

Humanismus und Freiheit der Religion und von Religion

Gefährdung des humanistisch geprägten, aufgeklärten Staates

Privilegien führen zur unbeaufsichtigten Kultivierung totalitären Gedankengutes und Menschenverachtung - Null Toleranz gegenüber Intoleranten

Die Entwicklung Österreichs zu einem humanistisch geprägten, säkularen Staat wie es das Ziel der Aufklärung ist, ist jetzt **gefährdet**! Die anerkannten Glaubensgemeinschaften werden vom Staat geschützt und finanziert, bekommen Privilegien. Sie können die Kinder einseitig informieren, mit einer Punze versehen, wodurch sie als Erwachsene dem Islam mehr verpflichtet sind als der Gesellschaft. Und das alles auf Kosten der Allgemeinheit. Kinder nehmen alles, was die Erwachsenen sagen, sehr ernst. Ernster als die Erwachsenen es selbst gemeint haben.

Radikalität entsteht als ganz von selbst. Wenn da in den letzten Tagen von einem Verantwortlichen gesagt wurde, Kinder kann man nicht radikalisieren, dann ist das blanker Unsinn. Wenn die Inhalte das Zeug dazu haben, gefährlich zu sein, werden sie auch gefährlich!

Auf Kosten des Staates muss mühsam überprüft werden, was die Schüler da auf Kosten des Staates vermittelt bekommen haben. Islamexperten sind unterwegs und betreiben Beschwichtigung und "Prävention"! Dazu werden wieder Salafisten eingeladen und dürfen bei jeder Gelegenheit sprechen. Der Staat finanziert seinen eigenen Untergang. Und das mit Hilfe und Segnung des blauäugigen Integrationsministers. In puncto Grundgesetz gibt es keine Kompromisse!

Die systematische a priori **Verachtung von** anderen **Menschen**, wie sie vom Islam gefordert wird, darf hier in Mitteleuropa nicht toleriert werden. Null Toleranz gegenüber Intoleranten!

Daraus ergeben sich klare **Forderungen** an die Parteien und an die Regierung, die z.T. sofort umzusetzen wären:

Kinder sind kein Besitzstand. Der Staat muss seine Interessen wahren, in dem den Kindern in Kindergarten und Schule die **humanistischen Grundsätze unserer Gesellschaft** nahe gebracht und erklärt werden.

Einführung des Ethikunterrichtes, und zwar von ausgebildeten Ethiklehrern, nicht von religiösen Lehrern. Religionen und humanistisches Weltbild müssen in einen Wettbewerb treten!
Unterweisung jedes Migranten über die Charta der Menschenrechte und ihrer Bedeutung für die Würde des Menschen und seiner Gleichberechtigung in der Gesellschaft (Frauen, Minderheiten, Ungläubige).
Lehrer, die vom Staat bezahlt werden, müssen einen Eid auf die Verfassung ableisten. Sie dürfen nicht die Scharia über das Gesetz stellen.
Echte Säkularität ("Laicité"). Religion ist Privatsache. Der Staat ist neutral. Religionen brauchen keinen Schutz, Schutz braucht die Verfassung! Breite Diskussion über alle Privilegien für Religionen und Kirchen.
Islam als Bildungsinhalt: Jeder Verantwortliche muss einmal **den Koran gelesen** haben.

Hinweis: Aktion "Humanismus - jetzt! Mit dem Gruß "Ich achte dich!"

Gerhard Engelmayer, Vorsitzender-Freidenkerbund Österreich (FDBÖ), größte humanistisch-atheistische Organisation in Österreich, Autor und Blogger, Initiator der Aktion "Humanismus - jetzt!" : "Humanismus vs. Islamische Werte"